



mobim-analysen, 08/2014

Hintergrundinformationen und Recherchen der Mobilen Beratung
im Regierungsbezirk Münster. Gegen Rechtsextremismus, für Demokratie

Extrem rechte Parteien bei der nordrhein-westfälischen Kommunalwahl

I. Einleitung

Am 25. Mai können die BürgerInnen Nordrhein-Westfalens ihre kommunalpolitische Vertretung für die Stadträte, Bezirksvertretungen und Kreistage wählen. Auch die Parteien des Rechtsaußen-Spektrums haben diese Wahlen in den Blick genommen und Kandidaturen angekündigt. Dabei zeichnet sich im Land ein uneinheitliches Bild ab: Ob und vor allem welche dieser Parteien sich zur Wahl stellen, wird sich von Kommune zu Kommune deutlich unterscheiden. Neben der NPD und der *Bürgerbewegung pro NRW* haben Splittergruppen wie die 2012 neugegründete Neonazi-Partei *Die Rechte*, die nur noch über wenige aktive Verbände verfügenden *Die Republikaner* (REP) sowie die im Rhein-Sieg-Kreis beheimatete *Ab jetzt ... Demokratie durch Volksabstimmung* einzelne Kandidaturen angekündigt. Hinzukommen in einigen Kommunen lokale Wählervereinigungen mit einem rechtspopulistischen Profil wie die *Freien Wähler* in Düsseldorf oder die *Unabhängige Bürgerpartei* (UBP) im Kreis Recklinghausen. Vor allem in den Großstädten des Ruhrgebiets und des Bergischen Landes stehen extrem rechte Parteien in einem Konkurrenzverhältnis zu einander, sie werben mit nahezu identischen thematischen Schwerpunktsetzungen um dasselbe WählerInnenreservoir. In ihrer Zersplitterung unterscheidet sich die aktuelle Situation der Rechtsaußen-Parteien nicht von derjenigen 2009. Allerdings ist mit der *Alternative für Deutschland* (AfD) im Jahr 2013 eine weitere Partei auf der politischen Bühne erschienen. Da sie mit ihren populistischen Losungen in Teilen ein ähnliches Klientel wie die bestehenden Rechtsaußen-Parteien ansprechen dürfte, wird sie von diesen als ernsthafte Konkurrenz betrachtet (vgl. Häusler 2013, 60ff). Im Unterschied zu einer Partei wie *Pro NRW* ist die AfD nicht als rechtsextremistisch stigmatisiert und verfügt über bessere Zugänge zu den Medien. Zwar ist für die AfD die ebenfalls am 25. Mai stattfindende Wahl zum Europäischen Parlament von größerer Bedeutung als die

Kommunalwahlen, gleichwohl hat sie in einigen nordrhein-westfälischen Städten und Kreisen Kandidaturen angekündigt.

II. Bedeutung von Kommunalwahlen für die Rechtsaußen-Parteien

Die Erlangung kommunalpolitischer Mandate hat in der Strategie der Rechtsaußen-Parteien eine besondere Bedeutung, da man sich kaum Illusionen macht, auf Landesebene in Nordrhein-Westfalen reüssieren zu können. Wahlergebnisse von 1,4 % (*Pro NRW*) oder 0,5 % (NPD) im Jahr 2012 sind Ausdruck einer geringen Mobilisierungskraft bei Landtagswahlen. Bei Kommunalwahlen sind die Bedingungen für die extreme Rechte günstiger: Zum einen können hier Kandidaturen in kommunalen „Hochburgen“ forciert werden, zum anderen lassen sich durch das Aufgreifen kommunalpolitischer Konfliktthemen eher WählerInnen mobilisieren. Nicht zuletzt sorgt die nicht vorhandene Fünfprozenthürde dafür, dass auch Wahlergebnisse um 1 % für ein Mandat in den Kommunalvertretungen ausreichen.

Für die Rechtsaußen-Parteien bieten kommunale Mandate unterschiedliche Möglichkeiten: Erstens können sie die Parlamente „als Bühnen und Foren für ihre klassischen Themenbereiche“ (Hafeneger/ Schönfelder 2007, 11) nutzen. Hier stehen propagandistische Ziele im Vordergrund. Zweitens wird durch eine aktive, sachorientierte Mitarbeit in Form von Anträgen, Anfragen und Öffentlichkeitsarbeit eine „Normalisierung und ihre zumindest teilweise Akzeptanz im Parteien- und Parlamentsgefüge“ (ebd., 12) angestrebt. Ziel ist die Erlangung von Anerkennung und Zugehörigkeit sowie der Versuch, „das Etikett einer ‚Ein-/Zwei-Themenpartei‘ abzustreifen.“ (ebd., 11) Beides ist allerdings voraussetzungsvoll, da kompetente MandatsträgerInnen benötigt werden, die viel Zeit und Energie in ihre Arbeit in den Kommunalvertretungen investie-

ren. Besonders der Versuch einer sachorientierten Profilierung ist aufwändig und führt nicht automatisch zu besseren Wahlergebnissen. Bezogen auf die Aktivitäten extrem rechter Parteien in NRW lässt sich konstatieren, dass nur wenige ihrer MandatsträgerInnen einen solchen Ansatz verfolgen. Viele sind weitestgehend passiv und unauffällig. Anfragen und Anträge werden vor allem dort produziert, wo die MandatsträgerInnen entweder besonders erfahren sind oder von ihrer Partei zielgerichtet unterstützt werden. Dies ist bei *Pro NRW* zu beobachten, wo einige Anfragen und Anträge regelrecht durch die Stadträte und Kreistage „wandern“.

Kommunale Mandate erfüllen noch eine weitere, nicht zu unterschätzende Funktion: Sie spülen Geld in die Kassen der Rechtsaußen-Parteien, vor allem dann, wenn es ihnen möglich ist, eine Fraktion zu bilden. Diese Einnahmen können sich auf mehrere zehntausend Euro im Jahr belaufen (vgl. Beucker 2014, 28f.). Mit einer Kandidatur soll auch die Daseinsberechtigung einer Partei, sowohl gegenüber den eigenen Mitgliedern und SympathisantInnen als auch gegenüber dem Bundeswahlleiter, belegt werden. So diente die Teilnahme an der Bundestagswahl 2013 durch „Die Rechte“ nur dazu, den reklamierten Parteienstatus abzusichern, der wiederum ein Verbot der Organisation erheblich erschwert.

III. Das Neonazi-Spektrum: NPD und „Die Rechte“

Der NPD-NRW-Landesvorsitzende **Claus Cremer** erklärte bereits 2008, dass die „Grundlage für gute Ergebnisse bei Landtagswahlen“ eine „vernünftige kommunale Vorarbeit“ sei. (Cremer 2008) Damit lag er ganz auf der Linie seiner Parteiführung, die großen Wert auf den Ausbau einer „kommunalen Verankerung“ legte und über Jahre versuchte, die Zahl der Kommunalmandate zu erhöhen. Zu diesem Zwecke gründete die NPD bereits 2003 eine *Kommunalpolitische Vereinigung* (KPV), die den Kreisverbänden beratend zur Seite stehen sowie die Kompetenz und Vernetzung ihrer MandatsträgerInnen erhöhen soll (vgl. Jentsch 2010).¹ Auch nach der aus NPD-Sicht ernüchternd ausgefallenen Bundestagswahl will Cremer an seinem „präferierte[n] Weg der kommunalen Graswurzelarbeit“ (Cremer 2013) festhalten. Dass die NPD in

diesem Jahr weitere Kommunalmandate hinzugewinnen kann – 2009 erreichte sie 24 Sitze in Stadträten und Kreistagen – ist unwahrscheinlich. Der Zustand der Partei in NRW ist desaströs: Nach innerparteilichen Auseinandersetzungen um das Verhältnis zu den „Freien Kameradschaften“ und Streit um vermeintliche „Spitzel“ im Landesvorstand sind seit 2011 Teile des radikalen, offen nationalsozialistisch auftretenden Parteiflügels ausgetreten oder wurden ausgeschlossen. Ehemals starke Verbände wie derjenige in Düren sind seitdem nicht mehr aktiv, in Siegen trat der NPD-Kreistagsabgeordnete **Stefan Flug** aus der Partei aus und die Führungsspitze des Kreisverbands Düsseldorf/Mettmann wechselte 2013 zur neugegründeten *Die Rechte*. Auch Mitglieder des NPD Kreisverbands Ennepe-Ruhr, die zu dem Parteiflügel zählten, der sich stärker an der von **Holger Apfel** proklamierten „seriösen Radikalität“ orientierte, verließen die NPD. Der Kreistagsabgeordnete **Thorsten Crämer** fand sich mit anderen zeitweilig in der lokalen Wählervereinigung *Soziale Heimat Partei* (SHP) wieder, ein Projekt, das allerdings nach kurzer Zeit eingestellt wurde (vgl. Sager 2013a). Der 2009 auf der Liste der NPD in den Stadtrat von Ennepetal gewählte **Andre Hüsgen** treibt nun den Parteaufbau von *Pro NRW* in Remscheid voran. Seit 2009 hat die NPD sieben ihrer 24 Mandate durch Austritte verloren. In Teilen von Ostwestfalen und des Münsterlandes ist sie zudem seit jeher strukturell schlecht aufgestellt.

Einen Schwerpunkt ihrer Wahlkampfaktivitäten wird die NPD deshalb auf diejenigen Städte und Kreise am Niederrhein, im Sauerland und im Ruhrgebiet legen müssen, in denen ihr noch Mandatsträger verblieben sind. Besondere Bedeutung wird den Ruhrgebietsstädten beigemessen. Mandatsträger aus Essen, Bochum und Dortmund gründeten 2010 die so genannte „Nationale Ruhrachse“. Die Kooperation führte zu abgestimmten parlamentarischen Anträgen und Anfragen, einigen Veranstaltungen sowie „Aktionstagen“. 2014 sollen weitere Mandate in Duisburg gewonnen werden. Unter dem Motto „Arbeitsplätze schaffen statt Asylflut fördern“ will die NPD dort am 1. Mai ihre zentrale Wahlkampfkundgebung abhalten. Nirgendwo sonst konnte die NPD so gute Ergebnisse erzielen wie in der einstigen Stahlstadt. Bei der Bundestagswahl 2013 gewann die NPD in den zwei Duisburger Wahlkreisen 3,4 % bzw. 2,3 % der Zweitstimmen. Es war das höchste Ergebnis in den westlichen Bundesländern. Ihr Direktkandidat **Sven Peter Stölting** konnte gar 4,5 % der

¹ Gründungsvorsitzender der KPV war der seit 1999 für die NPD im Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises sitzende Stephan Meise. Der NPD Kreisverband Rhein-Sieg zählt aktuell zu den wenigen arbeitsfähigen NPD-Verbänden im südlichen Rheinland.

Erststimmen auf sich vereinen (vgl. Sager 2013b). Konkurrenz wird die NPD hier allerdings von der *Bürgerbewegung pro NRW* bekommen, die bereits DirektkandidatInnen und eine Reserveliste gewählt hat. In Gelsenkirchen wiederum überlässt die NPD den RechtspopulistInnen weitestgehend das Feld und hat lediglich KandidatInnen für die Bezirksvertretung Mitte aufgestellt. Anders in Dortmund, hier rechnet sich die NPD gute Chancen aus, ihre beiden bei der Wiederholungswahl 2012 erlangten Mandate im Stadtrat zu halten, obwohl sie dort mit der Partei „Die Rechte“ eine neue Konkurrenz bekam.

Der Kreisverband von *Die Rechte* gründete sich wenige Wochen nach dem staatlichen Verbot des *Nationalen Widerstands Dortmund* (NWDO) und hat sich zum Sammelbecken der „organisationslos“ gewordenen Neonazis entwickelt. Der NWDO war eine der führenden neonazistischen Kameradschaften in NRW und hatte vor allem aufgrund der in Dortmund praktizierten Straßenpolitik sowie der Popularisierung des stilbildenden Phänomens der „Autonomen Nationalisten“ (vgl. Schedler 2011) eine bundesweite Ausstrahlung. Bereits vor dessen Verbot im August 2012 bemühten sich die NWDO-Führungskader um die Aufnahme in die NPD, die ihnen allerdings verwehrt wurde, was zu einem feindseligen Verhältnis zur NPD führte. Die Pfingsten 2012 vom langjährigem Neonazi-Aktivisten und „Bewegungsunternehmer“ Christian Worch (vgl. Erb 2006) gegründete Partei *Die Rechte* stand dann als Auffangbecken bereit. Formal ist sie eine beim Bundeswahlleiter zugelassene Partei mit einer weniger radikalen Programmatik als die NPD. So beginnt das weitestgehend auf dem alten Parteiprogramm der *Deutschen Volksunion* (DVU) basierende Programm von *Die Rechte* mit der Aussage, dass man sich „vollinhaltlich und ohne jeden Vorbehalt zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ bekenne (vgl. Die Rechte 2012). Dieses Bekenntnis steht im Widerspruch zur ideologischen Herkunft der die Partei tragenden Mitglieder, die sich aus bekennenden Neonazis zusammensetzt, denen die BRD und Demokratie als illegitimes „Besatzerkonstrukt“ gelten. In der politischen Praxis spielt das Parteiprogramm keine Rolle. Auch Parteichef Worch misst ihm keine große Bedeutung zu: „Wir stehen auf dem Standpunkt das alleine unser Name [...] unser Programm ist“ (Worch 2013). Der Name sei das wichtigste politische Kapital der neuen Partei. (vgl. ebd.) Die AktivistInnen der verbotenen Kameradschaften nutzen *Die Rechte* als neue, vorläufig durch

das Parteienprivileg geschützte Organisationsform, die ihnen die Fortführung ihrer Aktivitäten und die Aufrechterhaltung ihres organisatorischen Zusammenhalts erlaubt. Die Teilnahme an Wahlen ist kein vordringliches Ziel, man äußert sich gar verächtlich über sie. So bezeichnete der Düsseldorfer Kreisverbands von *Die Rechte* die Bundestagswahl als eine der „größten Scheinveranstaltungen“ des „Regime(s)“. Von einer freien Wahl könne nicht die Rede sein, da eine „nationalsozialistische Partei“ auf den Wahlzetteln fehle und „jede Partei verboten wird, die das parlamentarisch demokratische System an sich in Frage stellt“ (Die Rechte Düsseldorf/Solingen/Mettmann 2013).

Das Ergebnis von 0,02 % blieb deutlich hinter dem der NPD (1,3 %) zurück. Selbst in Dortmund, wo „Die Rechte“ über ihren stärksten Kreisverband mit über 100 Mitgliedern verfügt, wurde sie nur von 175 Personen gewählt (vgl. Sager 2013b). Für die Kommunalwahl hat die Neonazi-Partei in Dortmund eine fünfköpfige Reserveliste aufgestellt, die von dem langjährigen Szeneaktivisten Siegfried „SS-Siggi“ Borchhardt angeführt wird. Das Gründungsmitglied der rechten Hooli- ganggruppe *Borussenfront* tritt mit dem Slogan „Von der Südtribüne in den Stadtrat“ an. Ihm folgen vier ehemalige Mitglieder des NWDO. „Die Rechte“ veröffentlichte außerdem ein knapp gehaltenes 25-Punkte-Programm für Dortmund, das mit Forderungen gegen „Asylanteneinwanderung“ und „Überfremdung“ beginnt (vgl. Die Rechte 2014).² Neben Dortmund hat „Die Rechte“ nur in Wuppertal und im westfälischen Hamm weitere Kommunalwahlkandidaturen angekündigt. Während man in Hamm nach eigenen Angaben nur die Hälfte der Wahlbezirke besetzen kann, wollen die Neonazis in Wuppertal lediglich für drei Bezirksvertretungen kandidieren. In Hamm wird der lokale Kreisverband von ehemaligen Mitgliedern der verbotenen *Kameradschaft Hamm* dominiert. Zwar hat in Hamm erstmals „Pro NRW“ eine Kandidatur angekündigt, für die sie sich auf ehemalige REP-Mitglieder stützt, eine Konkurrenz von Seiten der NPD ist aber nicht zu befürchten. Der zuständige NPD Kreisverband Unna/Hamm zeichnet sich durch eine große Nähe zu den „Freien Kameradschaften“ aus. Bei einer Mitgliederversammlung im Januar verabschiedete die NPD Unna/Hamm sogar ein Grußwort an die Verbände von *Die Rechte* in Hamm und Dortmund. Man stehe „in

² Das ausgerechnet „25 kommunale Forderungen“ aufgestellt wurden, ist sicherlich kein Zufall. Die NSDAP trat 1920 mit einem 25-Punkte-Programm an die Öffentlichkeit.

einer gemeinsamen Formation im Kampf um unser Vaterland.“ Weiter hieß es: „Die verschiedenen Parteien sind der Weg, das gemeinsame Reich ist unser Ziel.“ (NPD Unna/Hamm 2014) Die NPD will ausschließlich zur Stadtratswahl in Unna antreten. Unterstützung bekommt sie dabei aus den Reihen des *Freien Netzes Unna*, einer Neonazi-Kameradschaft, die nicht von den Vereinsverboten im August 2012 betroffen war und deren Mitglieder in die NPD eingetreten sind. Damit hat sich die NPD Unna/Hamm als einer der wenigen Kreisverbände der Mitarbeit der jungen Neonazis im Wahlkampf gesichert. In anderen Regionen kann die NPD nicht mehr auf Unterstützung durch parteifreie Neonazis hoffen, von denen sich viele in Richtung „Die Rechte“ orientieren.

IV. Die RechtspopulistInnen: Pro Köln und Pro NRW

Bei den Kommunalwahlen 2009 konnte die *Bürgerbewegung pro NRW* das beste Ergebnis aller Rechtsaußen-Parteien erzielen. Die Interpretation des Ergebnisses als ein „politische(s) Erdbeben an Rhein und Ruhr“ und ein „historische(r) Wahlsieg“, so hieß es in einer Mitteilung der Parteiführung, war aber eine maßlose Übertreibung (vgl. Sager 2009). *Pro NRW* zog in allen Städten und Kreisen, in denen sie kandidierte, in die Kommunalparlamente ein. Achtungserfolge gelangen in Kommunen wie Bergheim (6%), Radevormwald (5,1 %), Dormagen (4,5 %), Gelsenkirchen (4,3 %) und Leverkusen (4,0 %). Ein gutes Ergebnis fuhr die lokale Wählervereinigung „Bürgerbewegung pro Köln e. V.“ mit 5,4 % ein. *Pro Köln* ist die Keimzelle von *Pro NRW*. In der Domstadt testeten die ParteigründerInnen ihr neues Konzept einer vermeintlich lokal verankerten Bürgerbewegung, die sich scharf von den als „politischem Establishment“ bezeichneten demokratischen Parteien und lokalen Eliten abgrenzt, dabei für sich in Anspruch nimmt, die Stimme der von der Politik betroffenen und benachteiligten Mehrheit des Volkes zu sein. *Pro NRW* versteht sich als Anwältin des „gesunden Volksempfindens“, polemisiert gegen die angeblich bevorzugte Behandlung gesellschaftlicher Minderheiten, gegen ZuwanderInnen und Asylsuchende sowie gegen Muslime und Muslima. Das „Feindbild Islam“ hat eine besondere Bedeutung, was sich in Kampagnen gegen Moscheebauten sowie zwei 2008 und 2009 in Köln durchgeführten „Anti-Islamisierungskongressen“ ausdrückte. Trotz der politischen Biografien ihrer GründerInnen (vgl. Schedler 2014) und FunktionärIn-

nen (vgl. Puls 2014), die zahlreiche Berührungspunkte zu anderen extrem rechten Gruppen aufweisen, versucht *Pro NRW* auf Distanz zum Neonazismus zu gehen und versucht sich selbst als „grundgesetzkonforme Kraft“ zu inszenieren. Aufgrund der zentralen Bedeutung, die Rassismus und Nationalismus für die Praxis und Programmatik der Partei besitzen, ist es gerechtfertigt, diese Selbstverortung grundsätzlich in Frage zu stellen und *Pro NRW* als „eine dem politische Zeitgeist konforme Ausprägung der extremen Rechten“ (Häusler 2008, 49) zu charakterisieren. Zugleich erfüllt der politische Stil von *Pro NRW* alle Merkmale einer rechtspopulistischen Formation.³

Bereits 2004 gelang *Pro Köln* der Einzug in den Stadtrat. Drei Jahre später erfolgte mit der Gründung der *Bürgerbewegung pro NRW* die Expansion dieses Modells auf die Landesebene, allerdings ohne dass flächendeckend Parteistrukturen aufgebaut werden konnten. *Pro NRW* hatte ihren Schwerpunkt eindeutig im Rheinland. Bei der diesjährigen Kommunalwahl wollen die RechtspopulistInnen nach eigenen Aussagen 150 bis 200 Mandate gewinnen. Das wären fünfmal Mal so viele wie 2009. Dieses hochgesteckte Wahlziel ist kaum zu erreichen. Der Partei ist noch immer nicht im ganzen Land präsent, ebenso wenig gelang ihr die Sammlung der extremen Rechten. Dennoch wird sie am 25. Mai voraussichtlich in mehr Kommunen auf den Stimmzetteln stehen als bei der letzten Wahl. Besonders im Ruhrgebiet und im Bergischen Land sind neue Kreisverbände entstanden, die bereits DirektkandidatInnen und Reservelisten nominierten. Bislang sitzt *Pro NRW* im Ruhrgebiet nur im Gelsenkirchener Stadtrat. In diesem Jahr hat man die Räte von Duisburg, Essen, Bochum, Hagen, Hamm und Witten in den Blick genommen. Auch zur Kreistagswahl im Ennepe-Ruhr-Kreis soll eine Liste aufgestellt worden sein. Erstmals wollen die RechtspopulistInnen in den bergischen Großstädten Remscheid, Solingen und Wuppertal kandidieren, im angrenzenden Oberbergischen Kreis sind sie bereits im Stadtrat von Radevormwald sowie im Kreistag vertreten. Neue Kandidaturen sind außerdem für Aachen (Stadtrat und Städteregionstag), Mönchengladbach, Pulheim und Wesseling angekündigt, hinzukommen Städte wie Köln, Leverkusen, Bonn und Bergheim sowie der Rhein-Erft-Kreis und der Kreis Minden-Lübbecke, in denen *Pro NRW* seit 2009 hält. *Pro Köln* hat derweil mit einigen Widrigkei-

³ Zum Rechtspopulismus vgl. Priester 2012.

ten zu kämpfen: Zum einen hat die *Alternative für Deutschland* (AfD) eine eigene Kandidatur angekündigt, zum anderen müssen sich vier Ratsmitgliedern von *Pro Köln* ab dem 11. April vor dem Landgericht Köln in einem Prozess wegen bandenmäßigen Betrugs verantworten. Sie sollen sich durch fingierte Fraktionstreffen in 350 Fällen unrechtmäßig Sitzungsgelder angeeignet haben.

Aufmerksamkeit und mediale Resonanz will *Pro NRW* im Wahlkampf mithilfe ihrer „ritualisierten öffentlichkeitsorientierten Eskalationsstrategie“ (Häusler 2012, 7; Hervorhebung im Original) erzielen. **Häusler** beschreibt diese Strategie wie folgt:

„Konflikte werden mit rassistischer Stoßrichtung aggressiv geschürt, um Aufmerksamkeit und Gegenproteste herbeizurufen. Dies wird wiederum zum Anlass genommen, um sich als Opfer von angeblicher ‚Meinungsdiktatur‘, ‚politischer Correctness‘ und ‚linkem Gesinnungsterror‘ zu inszenieren und erneut den Grad öffentlicher Konflikte zu verschärfen. Ein solches Drehen an der *populistischen Schraube* ist Ausdruck einer Eskalationsstrategie, die auf Steigerung der Konflikte ausgerichtet ist.“ (ebd.; Hervorhebung im Original)

Führte die Partei im Landtagswahlkampf 2012 vor allem vor Moscheen Kundgebungen durch, bei denen sie auch umstrittene „Mohammed-Karikaturen“ zeigte, so wird eine für Mai in 16 Städten angekündigte Wahlkampf tour verstärkt Orte, an denen Unterkünfte für Flüchtlinge existieren oder gebaut werden sollen und Häuser, in denen arme ZuwandererInnen aus EU-Ländern leben, aufsuchen. So ruft *Pro NRW* ihre SympathisantInnen auf, am 1. Mai mit „Kerzen, Fackeln und Lampions“ gegen die Unterbringung von Asylsuchenden in Essen und gegen eine als „Problemhaus“ titulierte und mehrheitlich von Roma bewohnte Immobilie in Duisburg zu demonstrieren.

Die Etablierung von *Pro NRW* als rechtspopulistischer Partei hat vor allem den REP zu schaffen gemacht, die durch Übertritte Mitglieder und Mandate verloren. Der REP-Landesverband verweigerte sich einem Zusammenschluss mit *Pro NRW*, mit REP-Kandidaturen ist aber nur noch in wenigen Städten wie Düsseldorf

und Alsdorf zu rechnen. Nicht abzusehen ist bisher, welche Auswirkungen Kandidaturen der AfD auf das Wahlergebnis der Rechtsaußen-Parteien haben werden. Absichtserklärungen sind mittlerweile für ca. 20 Kommunen und Kreise bekannt. Mit Positionierungen gegen „Zuwanderung in die Sozialsysteme“, Bekenntnissen zur „Hetero-Ehe“ und Polemiken gegen Gender Mainstreaming versucht die Anti-Euro-Partei nicht nur die neoliberalen KritikerInnen der EU-Krisenpolitik anzusprechen, sondern wirbt ebenso um ein WählerInnenpotenzial am rechten Rand, dass auch von Parteien wie *Pro NRW* adressiert wird.

V. Themen der Rechten – Themen der Mitte

Thematisch legen alle extrem rechten Parteien ihren Schwerpunkt auf eine rassistische Agitation gegen ZuwandererInnen und Asylsuchende. Dabei greifen sie die seit fast zwei Jahren geführten Diskussionen um die steigende Zahl von Asylanträgen sowie um die unter dem Schlagwort „Armutseinwanderung“ zusammen gefasste Migration von EU-BürgerInnen auf. So, wie die Debatte um angeblichen „Asylmissbrauch“ vom damaligen Bundesinnenminister **Friedrich** (CSU) initiiert wurde, beziehen sich die Rechtsaußen-Parteien auf ressentimentgeladene Haltungen und Verlautbarungen aus der Mitte der Gesellschaft. *Pro NRW* hat den **Seehofer**-Slogan „Wer betrügt, der fliegt“ dankbar aufgegriffen. Die NPD hetzt mit dem Slogan „Sicher leben – Asylflut stoppen“. Besonders aggressiv und unter Verwendung antiziganistischer Stereotype agitieren sowohl RechtspopulistInnen als auch Neonazis gegen (zugewanderte) Roma. Beide Parteien versuchen mit ihren Möglichkeiten von lokalen Konfliktlagen und vorhandenen vorurteilsbehafteten Deutungen zu profitieren. Ob ihnen dieses gelingt, hängt auch davon ab, wie die anderen Parteien, die städtischen Verwaltungen und die Öffentlichkeit (vermeintliche) soziale Problemlagen thematisieren. Leisten diese einer Ethnisierung Vorschub, schaffen sie mit einer Grundlage dafür, dass die rassistische Agitation der Rechtsaußen-Parteien auf fruchtbaren Boden fällt.

Verwendete Literatur

- Beucker, Pascal (2014): Welche Rolle spielt die Kommunalpolitik für Pro NRW? In: Clemens, Dominik/Puls, Hendrik (Hg.): 33 Fragen und Antworten zu Pro Köln/Pro NRW. Entwicklung, Ideologie und Strategien einer vermeintlichen Bürgerbewegung, Köln, 25-29.
- Cremer, Claus (2008): Nach NPD-Landesparteitag in Nordrhein-Westfalen. 6 Altermedia Fragen an den neuen Landeschef Claus Cremer, http://npdnrw.vs120154.hl-users.com/claus/?page_id=40 (12.02.2014)
- Cremer, Claus (2013): Erste Stellungnahme / Erster Kommentar zur Bundestagswahl 2013 des Landesvorsitzenden der NPD-NRW, Claus Cremer, <http://www.npd-presse.de/2013/09/23/erste-stellungnahme-erster-kommentar-zur-bundestagswahl-2013-des-landesvorsitzenden-der-npd-nrw-claus-cremer/> (12.02.2014)
- Die Rechte (2012): Programm der Partei DIE RECHTE, <http://worch.info/die-rechte/pdf/Parteiprogramm.pdf> (12.02.2014)
- Die Rechte (2014): 25 kommunale Forderungen, <http://dortmunds-rechte.com/> (12.02.2014)
- Die Rechte Düsseldorf/Solingen/Mettmann (2013): Gedanken zur Wahl und zur Freiheit, <http://rechte-duesseldorf.com/?p=146> (12.02.2014)
- Erb, Rainer (2006): Protestorganisation und Eventmanagement: Der Typus des rechtsextremen Bewegungsunternehmers, in: Klärner, Andreas/Kohlstruck, Michael (Hg.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland, Hamburg, 142-176.
- Hafeneger, Benno/Schönfelder, Sven (2007): Politische Strategien gegen die extreme Rechte in Parlamenten. Folgen für kommunale Politik und lokale Demokratie, eine qualitative Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin
- Häusler, Alexander (2013): Die „Alternative für Deutschland“ – eine neue rechtspopulistische Partei? Materialien und Deutungen zur vertiefenden Auseinandersetzung, Studie im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung NRW, Düsseldorf, http://www.boell-nrw.de/downloads/AFD_Studie_FORENA_HBS_NRW.pdf (12.02.2014)
- Häusler, Alexander (2012): „Maximale Provokation“. Zum Umgang mit rechtspopulistischen Wahlkampfinszenierungen im Vorfeld der NRW-Landtagswahlen 2012, eine Handreichung des Forschungsschwerpunkts Rechtsextremismus der FH Düsseldorf im Auftrag des Landesintegrationsrates Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
- Häusler, Alexander (2008): Rechtspopulismus als Stilmittel zur Modernisierung der extremen Rechten, in: Ders. (Hg.): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden, 37-54.
- Jentsch, Ulli (2010): Über die Kommunen in den Bundestag. Zum Profil der „Kommunalpolitischen Vereinigung“ (KPV) der NPD bei der Professionalisierung brauner Kommunalpolitik, in: Burschel, Friedrich (Hg.): Stand – Land – Rechts. Brauner Alltag in der deutschen Provinz, Berlin, 93-99.
- NPD Unna/Hamm (2014): Kreis Unna. Intern, <http://www.npd-unna.de/> (12.02.2014)
- Puls, Hendrik (2014): Arbeitet Pro NRW mit Neonazis zusammen? In: Clemens, Dominik/Puls, Hendrik (Hg.): 33 Fragen und Antworten zu Pro Köln/Pro NRW. Entwicklung, Ideologie und Strategien einer vermeintlichen Bürgerbewegung, Köln, 38-41.
- Sager, Tomas (2009): Geplatze Träume. NRW-Kommunalwahl: Bescheidene Erfolge und einige Pleiten, in: Lotta – antifaschistische Zeitung aus NRW, Nr. 36, Herbst 2009, 22-25.
- Sager, Tomas (2013a): „Nationalfreiheitliche Alternative“ vor dem Aus? <http://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/nationalfreiheitliche-alternative-vor-dem-aus> (12.02.2014)
- Sager, Tomas (2013b): Die Bundestagswahl. Zum Abschneiden extrem rechter Parteien bundesweit und in NRW, in: Lotta – antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen, Nr. 53/Herbst 2013, 26-27.

Schedler, Jan (2014): Wo liegen die Ursprünge von Pro NRW? In: Clemens, Dominik/Puls, Hendrik (Hg.): 33 Fragen und Antworten zu Pro Köln/Pro NRW. Entwicklung, Ideologie und Strategien einer vermeintlichen Bürgerbewegung, Köln, 22-24.

Schedler, Jan (2011): Brennpunkt Nordrhein-Westfalen: ‚Autonome Nationalisten‘ im Ruhrgebiet und Rheinland, in: Schedler, Jan/Häusler, Alexander (Hg.): Autonome Nationalisten. Neonazismus in Bewegung, Wiesbaden, 195-209.

Priester, Karin (2012): Rechter und linker Populismus. Annäherung an ein Chamäleon, Frankfurt a. M./New York

Worch, Christian (2013): Interview mit Netradio Germania, Sendung vom 30.06.2013

Zu „mobim“ und der Reihe „mobim-analysen“

In den mobim-analysen sollen ausgewählte Themen, Begrifflichkeiten und Fragen des modernen Rechtsextremismus, die sich aus der Beratungsarbeit von mobim ergeben, genauer dargestellt und analysiert werden. Die Reihe soll vor allem verständliche, kompakte und durch Handlungsempfehlungen erweiterte Informationen für Funktionsträger und Akteure vor Ort zur Verfügung stellen.

Die „Mobile Beratung im Regierungsbezirk Münster. Gegen Rechtsextremismus, für Demokratie“ (mobim) ist ein regionales Beratungsangebot in NRW mit dem Anliegen, eine breite Auseinandersetzung mit den verschiedenen Formen des Rechtsextremismus in unserer Region und darüber hinaus zu befördern. Vordringlichstes Ziel ist es, rechtsextremen Tendenzen durch eine Stärkung gesellschaftlicher Handlungsfähigkeit und Beratung lokaler Akteure entgegenzutreten und langfristig und nachhaltig demokratische Strukturen und zivilgesellschaftliches Engagement zu stärken.

Neben der gezielten und passgenauen Beratung lokaler und regionaler Akteure wendet sich Mobile Beratung gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Diskriminierung und Ausgrenzungen jedweder Art und solidarisiert sich mit den (möglichen) Opfern rechtsextremer bzw. rassistischer Gewalt.

Um eine gesellschaftliche Sensibilisierung und eine Thematisierung der Zusammenhänge im Themenfeld Rechtsextremismus voranzutreiben, dokumentiert und analysiert mobim rechtsextreme Strukturen, Vorfälle und Themen (vor allem) in der Region und betreibt eine aktive Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit, um nachhaltige Änderungen und Entwicklungen im Gemeinwesen zu ermöglichen.

mobim ist dabei eingebunden in das NRW-weite Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus und wird gefördert durch das Bundesprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Träger von mobim ist der Geschichtsort Villa ten Hompel der Stadt Münster.

Autor: Hendrik Puls

Redaktionsschluss: 04.03.2014

Aktualisierung: 03.04.2014

Kontakt

mobim

Mobile Beratung im Regierungsbezirk Münster.

Gegen Rechtsextremismus, für Demokratie.

Im Geschichtsort Villa ten Hompel der Stadt Münster

Kaiser-Wilhelm-Ring 28

48145 Münster

www.mobim.info

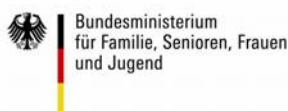
kontakt@mobim.info

Telefon: 0251 – 492 7109

Fax: 0251 – 492 7918



Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms
„TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“.



Ministerium für Familie, Kinder,
Jugend, Kultur und Sport
des Landes Nordrhein-Westfalen

